

## PRESSESTIMMEN

„Die wirtschaftliche und politische Krise würde eigentlich gemeinsame Kraftanstrengungen, Mut und Reife erfordern – die es aber offenbar nicht in ausreichendem Maße gibt. Griechenland steht vor dem Abgrund, aber bestimmte Gruppen tragen dazu bei, die Situation weiter zu verschärfen. Griechenlands Politiker sind wirklich ein Fall für sich. Selbst am Rande des Staatsbankrotts sind sie nicht in der Lage, zusammenzuarbeiten. Alle Versuche einer Kooperation über die politischen Lager hinweg sind gescheitert. Die Regierung steht vor der fast unmöglichen Aufgabe, Lösungen zu finden, die von Bevölkerung, Opposition, Banken, EU und IWF auch akzeptiert werden.“

**Der „Göteborgs-Posten“ übt Kritik an Griechenlands politischem System**  
\*\*\*\*\*

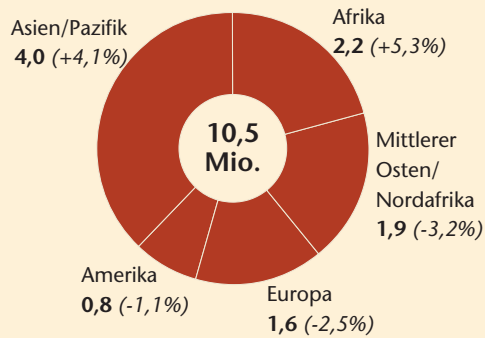
„Unser politisches System ist leider zu unreif. Es wird sich erst noch zeigen, ob es in der Lage ist, die nötige Reife zu erlangen, um den Zusammenbruch und den Staatsbankrott unseres Landes zu verhindern. Die Art, wie der Premier und der Oppositionschef über die Möglichkeiten einer Kooperation verhandelten, ließ zu wünschen übrig. Verhandlungen auf einer solchen Ebene brauchen Vorbereitung, Diskretion und Verantwortung. Das ist es, was die Menschen vom ganzen politischen System erwarten. Stattdessen aber streiten die beiden Rivalen wie Studenten. Nur wenige Menschen erkennen das Ausmaß des Schadens, der durch die bedauernden Ereignisse national wie international angerichtet wird.“

**Der „Kathimerini“ aus Athen schlägt in die gleiche Kerbe**

## Menschen auf der Flucht

## Herkunft der Flüchtlinge Ende 2010

Veränderung zu Anfang 2010 in Prozent



Quelle: APA/UNHCR

WIENER ZEITUNG

**3,1 Millionen Afghanen** waren Ende des Vorjahres auf der Flucht. Damit machten sie das Gros der weltweiten Flüchtlinge aus – insgesamt zählte das UNO-Flüchtlings-

hochkommissariat (UNHCR) Ende 2010 10,5 Millionen Menschen auf der Flucht, die meisten davon in Asien und der Pazifikregion. **Seite 18**



Zahlen gerundet

## Ein Tag kollektiven Innehaltens zur Entschleunigung der Arbeitswelt

Von Brigitte Pechar

■ Ein ganz unüblicher Zeitpunkt für eine Debatte über Ladenöffnungszeiten. Wie das Amen im Gebet geht die Diskussion über das Offenhalten der Geschäfte sonst alljährlich dem 8. Dezember voraus. Jetzt also schon im Juni – vielleicht, damit der Verfassungsgerichtshof, dem der Einkaufszentrumsbesitzer Richard Lugner eine Beschwerde gesandt hat, rechtzeitig vor der Weihnachtszeit ein Erkenntnis treffen kann.

In diesem Streit gibt es seit Jahrzehnten eine ungewöhnliche Allianz: Kirche und Gewerkschaft sind klar gegen die Störung der Sonntagsruhe. Überhaupt ist die Abwehrfront groß, schließt sie doch auch alle Landeshauptleute, die auf

ihrem Gebiet für Tourismusregionen schon jetzt Sonntagsöffnungen zulassen können, ein. Und auch in der Wirtschaft ist die Unterstützung für eine Liberalisierung sehr zurückhaltend. Die Sektion Handel in der Wirtschaftskammer befürchtet negative Marktverzerrungen zugunsten der Großen.

Schaut man sich die Zahlen an, dann fragt man sich aber, ob die viel gepriesene Sonntagsruhe überhaupt noch ein Wert ist. Denn die Statistik Austria hat in einer Spezialauswertung gefragt, ob Abend-, Nacht- oder Wochenendarbeit einmal pro Monat mit den persönlichen Lebensumständen der Menschen vereinbar wäre. Und siehe da: 92 Prozent sagen, ja, das wäre vereinbar – und zwar so-

wohl Frauen als auch Männer. Schon jetzt arbeiten 675.000 Menschen (Selbstständige und Unselbstständige) regelmäßig mindestens an zwei Sonntagen im Monat – von insgesamt rund 4 Millionen Erwerbstätigen.

Offenbar – das ist eine Vermutung – hat die Zustimmung zu Sonntagsarbeit nicht unwesentlich mit der Frage der Entlohnung und der Selbstbestimmtheit der Arbeit zu tun. Denn wie sonst könnte man erklären, dass ausgerechnet die überwiegende Mehrheit der 350.000 Handelsangestellten keine Sonntagsarbeit leisten will, wobei 35.000 von ihnen das tun.

All diesen Gegebenheiten zum Trotz darf und muss sich eine Gesellschaft die Frage stellen, ob nicht zumindest ein gemeinsamer

Tag da sein soll, an dem ein kollektives Innehalten stattfindet. Ja, wenn man selbst als Tourist im Ausland unterwegs ist, schätzt man das sonntägliche Shopping. Aber man darf trotzdem fragen, ob nicht Lebensqualität höher zu bewerten ist als der vermutete Verlust – 50 Millionen Euro pro Jahr, schätzt die Hotellerie. Ein gemeinsamer Ruhetag kann auch dazu dienen, unsere Berufswelt zu entschleunigen – ein wertvoller Faktor für Gesundheit und Zufriedenheit. Und ein gemeinsamer Ruhetag fördert Freundschaften und Familie. Muss also alles immer und überall erhältlich sein? ■ **Seite 10**

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: [www.wienerzeitung.at/analyse](http://www.wienerzeitung.at/analyse)

[analyse@wienerzeitung.at](mailto:analyse@wienerzeitung.at)

## TRIBÜNE

## Kommunikationsnotstand in Grün

Inhaltlich kann man den heimischen Grünen durchaus etwas abgewinnen. Aber die Art und Weise, wie die Partei ihre Ideen präsentiert, wirkt alles andere als professionell.



Von Christina Aumayr

■ Drei Tage nach der Katastrophe von Fukushima ritten die Grünen zu einer Pressekonferenz aus. Fast wie im Western „Die glorreichen Sieben“, zwar nicht zu siebent, aber immerhin zu sechst. Da standen mit viel Betroffenheit: Eva Glawischnig, Werner Kogler, Umweltsprecherin Christiane Brunner, Madeleine Petrovic, Bundesgeschäftsführer Stefan Wallner, EU-Abgeordnete Ulrike Lunacek.

Wie sollen sechs Politiker in einer Pressekonferenz eine zentrale Botschaft transportieren? Gar nicht. So ging es wohl auch den anwesenden Journalisten,

denn der mediale Output am nächsten Tag war: Glawischnig forderte den weltweiten Atomausstieg und europäische Initiativen. Welche konkret, sagte sie nicht. Kanzler Werner Faymann eilte da bereits zum Schulterschluss mit dem deutschen SPD-Chef Sigmar Gabriel, die FPÖ beantragte eine Sondersitzung zu Fukushima im Nationalrat. Ein aufgelegter Elfmeter wurde verschossen.

Ist Glawischnig zu Gast in der ORF-„Pressestunde“, bleibt als Headline auf orf.at: „Grüne wollen deutlich wachsen.“ Nein, so eine Überraschung. Die grünen Pressemitteilungen haben in der Regel den Charme

von Schulaufsätzen, alles richtig, aber in der Tonalität vom eigenen Bravsein und dem Bösen der politischen Mitbewerber getragen.

Jüngst landeten die Grünen einen echten medialen Bauchfleck: Ein „Knigge“ für Fahrrad-Rowdys müsse her, forderte Wiens grüne Verkehrsstadträtin Maria Vassilakou, Glawischnig trat für ein Verbot von Zigarettenautomaten ein. Eine geballte Ladung an Regulierungswut und Tugend also. Einzelne Medien zelebrierten genüsslich die internen Unstimmigkeiten und etikettierten die Grünen als „Spaßverderber“.

Die Grünen fühlen sich jetzt vermutlich wieder

missverstanden und überhaupt sehr schlecht behandelt. Politische Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sind aber auch kein Streichelzoo. Und das Anderssein der Grünen wird derzeit vor allem durch das Fehlen professioneller Medienarbeit symbolisiert.

Denn inhaltlich kann man den jüngsten grünen Vorschlägen durchaus etwas abgewinnen. Österreich hat europaweit die meisten jugendlichen Raucher, und in immerhin 17 EU-Ländern wurden Zigarettenautomaten bereits verboten. Diese Argumente gingen in der grünen Kommunikation aber unter. Eine Verkehrsstadträtin darf

prinzipiell auch einen „Verkehrsknigge“ planen – aber dann für alle Verkehrsteilnehmer und nicht nur für die grüne Stammklientel, nämlich die Radfahrer. Die Außendarstellung der Grünen ist ein echtes Dilemma. Denn die Grünen besitzen in zentralen Bereichen, wie etwa Umwelt, Asyl, Antikorruption und Bildung, etwas, das den anderen Parteien fehlt: Kompetenz und Glaubwürdigkeit.

Was also läuft schief? Die Parteispitze wirkt zaghaft und zaudernd, die Medien- und PR-Arbeit ist unkoordiniert und verschlafen. Lieb und nett, brav und

## PORTRÄT

## Matriarchin, fest im Sattel des Imperiums



Foto: dpa

**Bertelsmann-Chief Liz Mohn**

■ Den Titel „Königin von Bertelsmann“ findet sie unangemessen, abtanken wird sie aber nicht. Liz Mohn wird heute 70 Jahre alt und sendet ein klares Signal an alle aus, die mit den Hufen scharren sollten: „In den nächsten fünf Jahren werde ich meine Rolle als Familiensprecherin weiter wahrnehmen.“

Ihr Weg von der Telefonistin im Bertelsmann Buchclub zur Matriarchin ist lang und erstaunlich. Und er führt über den damals 20 Jahre älteren Chef Reinhard Mohn, den sie auf einem Betriebsfest kennenlernt. 1963 bis 1978 ist sie offiziell mit Bertelsmann-Lektor Joachim Scholz verheiratet. In dieser Zeit werden die Kinder Brigitte (1963), Christoph (1965) und Andreas (1968) geboren. Zugleich lässt sie keinen Zweifel, dass es Reinhard Mohns Kinder sind. Erst 1982, nach dem Tod seiner Mutter, lässt dieser sich von seiner ersten Frau scheiden und heiratet Liz, die sukzessive eine wichtigere Rolle im Unternehmen übernimmt. Nach seinem Tod 2009 hat sie nun das Sagen im Imperium. ■

Christina Aumayr-Hajek ist Kommunikationswissenschaftlerin und Geschäftsführerin von Freistil-PR.

[tribuene@wienerzeitung.at](mailto:tribuene@wienerzeitung.at)